UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT

UWG

BÜRGER FÜR BÜRGER

WÜRSELEN

UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT

UWG Würselen **Unabhängige Wählergemeinschaft**

Haushaltsrede 2015

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren der Verwaltung.

Eine Kommentierung der Daten des uns vorliegenden Haushaltsentwurfs für das Jahr 2015 scheint müßig und, - bezogen, auf den aus den Vorgaben des Stärkungspaktes festgelegten Zeitraum bis zum Jahr 2021, schier unsinnig. Erreichten uns doch bis vor wenigen Tagen immer wieder neue und besorgniserregende Zahlen, - Zahlen, resultierend aus Vorgaben des Bundes und des Landes. Eines hatten diese Werte alle gemeinsam. Unser Haushaltsergebnis verschlechterte sich in einem inflationären Tempo. Werte, die gestern noch ihre Gültigkeit hatten, zerplatzen wie Seifenblasen in einem klaren Frühlingshimmel und erinnern nun eher an einen morastigen Sumpf bei ungemütlichem Donnergrollen garniert mit Gewitterwolken. Die Anstrengungen der Vergangenheit werden immer mehr zunichte gemacht. - zu erinnern sei hier an die nicht unerheblichen Mehrbelastungen für jeden Würselener Bürger. Sei es in Form von Nutzungsgebühren für alle städtischen Einrichtungen oder die Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer. Eine Sanierung unseres städtischen Haushalts ist ohne fremde Unterstützung scheinbar nicht mehr möglich. Die regelmäßige Verletzung des Konnexitätsprinzips, - das heißt: „der Verursacher von Maßnahmen trägt auch deren Kosten“, durch Bund und Land, macht fast jede Sparanstrengung zunichte.

So explodieren zum Beispiel die Kosten für die Unterbringung von Asylsuchenden. Ein Ende dieser Kostenlawine ist nicht abzusehen und wird wohl für lange Jahre auf hohem Niveau stagnieren. Mehrausgaben in 2015 im Vergleich zum Vorjahr schlagen mit ca. 240.000,- € zu Buche und erhöhen die bisher geplanten Aufwendungen auf die stattliche Summe von ca. 1,15 Mio. Euro. Im Jahr 2017 wird sogar mit einer Gesamtsumme von ca. 1,74 Mio. Euro gerechnet. Die Kosten zur Schaffung von Unterkünften für Asylsuchende ragen mit ca. 2,3 Mio. Euro wie ein Menetekel aus dem uns vorliegenden Zahlenwerk heraus.

Die Städteregionsumlage hat auch für den Hauhalt 2015 und folgende, nichts von ihrem Schrecken verloren. Weiterhin ist diese Umlage der größte Einzelposten im Haushalt der Stadt Würselen. Tendenz steigend! Im Vergleich zum Jahr 2014 ergibt sich für 2015 eine Steigerung um ca. 1,8 Mio. Euro und klettert auf die besorgniserregende Gesamtsumme von 20,932 Mio. Euro!! Darin enthalten ist eine ÖPNV – Umlage in Höhe von 1,084 Mio. Euro. Hier ist ernsthaft zu überlegen, ob wir uns einen dermaßen hohen ÖPNV noch leisten können, oder ob es nicht geboten ist, nicht wirtschaftliche Strecken auszudünnen.

Auch im sozialen Bereich erhöhen sich zum Beispiel die geplanten Kosten bei der Hilfe für junge Menschen und ihre Familien um 359.000,00 € auf erschreckende 6,629 Mio. Euro.

Die Kosten für die notwendige und vom Gesetzgeber vorgegebene Deckung von Plätzen zur Unterbringung von Kindern in Tageseinrichtungen erhöht sich von ca. 4,3 Mio. Euro in 2014 auf satte 5,0 Mio. Euro in 2015. Hier reicht die bisher eingeplante Anzahl an Betreuungsplätzen und der Personalstärke bei weitem nicht aus.

Die jährliche Steigerungsrate von 1% bei den Personalkosten für alle städtischen Mitarbeiter erschien uns von Beginn an als zu niedrig angesetzt. Bereits jetzt müssen wir feststellen, daß uns die letzten Tarifverhandlungen eine Steigerung bei den Personalaufwendungen von 438.000,00 € beschert haben. Obwohl die Beschäftigtenzahl bei der Stadt Würselen sank, pendeln sich die Personalausgaben in einer Höhe von ca. 14,4 Mio. Euro für 2015 ein.

Die prognostizierten Einnahmen durch die Belegung des Singergeländes lassen weiterhin auf sich warten. Die durch Änderungen im Glücksspielstaatsvertrag zu verbuchenden Einnahmeausfälle ließen sich eben noch kompensieren.

So ließe sich die Aufzählung von „außerplanmäßigen Verschlechterungen“ und fehlenden Einnahmen noch beliebig fortsetzen. Sei es die 15% - ige Steigerung der Zuschüsse zur OGS, der Wegfall von Elternbeiträgen im Kindergartenbereich, die Sanierung von maroden Brücken im Stadtgebiet und einiges mehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, selbstverständlich gibt es neben diesen vielen negativen Kennzahlen im Vergleich zur ursprünglichen Planung auch Verbesserungen in unserem Haushaltsplan. Zum Beispiel bei der Gewerbesteuer-umlage, der Gewerbesteuer oder beim Einkommenssteueranteil.
Positive Ergebnisse erzielen wir auch durch das niedrige Zinsniveau auf den Finanz-märkten. Alle positiven Kennwerte reichen leider nicht aus, die vielen negativen Zahlen zu kompensieren.

Es bleibt auch nicht zu vergessen, daß erhebliche Belastungen im investiven Bereich in naher Zukunft auf uns zukommen werden. Auch hierzu einige Beispiele:

Die Beschlüsse zur Errichtung einer Gesamtschule und die Einführung des Ganz-tagsbetriebes am Gymnasium machen bauliche Maßnahmen an der jetzigen Realschule und des Gymnasiums in Höhe von **z. Zt.** ca, 16 Mio. Euro nötig. Die notwendige und längst überfällige Sanierung der Sporthalle Parkstraße wird mit ca. 1,2 Mio. Euro zu Buche schlagen. Der Umbau des Kindergartens Gerhart-Hauptmann-Straße wird uns mit ca. 640.000 € belasten und der Ausbau von Wilhelm. – Friedrich. –und Krottstraße wird mit ca. 754.000 € angesetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese, aus einem großen Maßnahmenpa-ket herausgestellten Einzelprojekte, wurden und werden von der UWG mitgetragen. Stellen Sie doch längst überfällige Schritte dar. Wenn auch der eine oder andere Beschluß aus Sicht der UWG mit etwas mehr Sorgfalt und dem nötigen Zeit-management hätte erfolgen müssen, so bleibt doch festzuhalten, daß es sinnvolle, infrastrukturelle Projekte sind, die unsere Stadt zukunftsfähig machen.

Besonders hervorheben möchte ich, daß wir die Dachsanierung der alten Schule in Bardenberg, Am Kaiser, endlich auf den Weg gebracht und somit den weiteren Verfall des historischen Gebäudes verhindert haben. Damit können wir dem Vereinsleben in Bardenberg und der Jugendarbeit des Nautilus eine verläßliche Orientierung in die Zukunft hinein möglich machen. Eine Stadt lebt auch und in besonderem Maße durch ihre Vereine und den darin tätigen Ehrenamtlichen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die bis hierher von mir dargestellten Zahlen und Fakten haben, - und daß sollte man an dieser Stelle nicht vergessen, natürlich alle ihre gemeinsame Vergangenheit.

Um es mit Cicero zu sagen: „Der Ursprung aller Dinge ist klein".

Als Ursprung kann man den letzten, halbwegs noch ausgeglichenen Haushalt, bzw. die damit noch in einem sehr geringen Maße einhergehenden Defizite um das Jahr 2000 herum bezeichnen. Zur Kenntnis, - eine dauerhafte Regierungsverantwortung, seit nunmehr 15 Jahren, ist der CDU mit Ihren wechselnden Partnern zu attestieren. Der Würselener CDU alleine die Schuld an der Misere zuzuschreiben, wäre gewiß nicht die ganze Wahrheit. Bereits vor der Jahrtausendwende wäre dringend ein konsequenter Sparwille der politisch Handelnden erforderlich gewesen.

Aber eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, muß man ganz klar festhalten: Seit dem Jahr 2000 wurden Gelder ausgegeben, die oft weit an der Zustimmung der Bürger unserer Stadt aber auch an der Notwendigkeit und dem Bedarf Würselens vorbeigingen. Beschlüsse, mit der eindeutigen Handschrift der CDU und den jeweiligen Koalitionspartnern, die eine enorme Belastung unseres Haushalts zur Folge hatten, gibt es genug.
Eine Aufzählung von Beispielen dieses manchmal unverantwortlichen Ausgabeverhaltens wäre an dieser Stelle müßig. Ich möchte lieber jeden dazu auffordern,

sich selbst einmal die in der Vergangenheit getätigten Maßnahmen vor Augen zu halten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man kann mir jetzt natürlich entgegenhalten, daß die UWG seit dem Zeitpunkt ihres Bestehens, immer wieder die gleichen Verfehlungen anprangert und immer wieder die gleichen Vorhaltungen macht. Dem würde ich gerne mit einem weiteren Zitat begegnen.
Seneca, ein römischer Staatsmann, Schriftsteller und Philosoph bemerkte:
Wenn jene sagen: „Wie lange noch immer die gleichen Vorwürfe?“, so antworte: „Wie lange macht Ihr immer wieder die gleichen Fehler.“

Projekte, die mit Beschlüssen im Investitionsbereich realisiert wurden, hatten oft genug zur Folge, daß der konsumtive Bereich gerade deswegen erheblich belastet wurde und das strukturelle Defizit (Stand 02.03.15 – ca. 51,7 Mio.€) unaufhörlich anstieg. Oft genug waren in Aussicht gestellte Fördergelder die Ursache. Die Schulden im investiven Bereich belaufen sich z. Zt. auf ca. 57,8 Mio. Euro. Alleine die Zinsen für diese Kredite lagen in 2014 bei beachtlichen 2,081 Mio. Euro.

Der letzte, von allen im Rat der Stadt Würselen vertretenen Parteien gefaßte Beschluß vom 20.01.2015, geht in eine ähnliche Richtung. Dieser bezieht sich auf die Beteiligung am sogenannten „Leader“ – Projekt. Erforderliche Mittel zur Teilnahme ohne eine Gegenleistung: 1.500,00 Euro/ anno bis 2022. Auch hier winken Fördergelder für noch nicht bestimmte Projekte in Höhe von 65 % . Der Eigenanteil der Stadt Würselen liegt bei 35 %. Die Hoffnung der Befürworter, - Kostenübernahme durch Dritte.
Die UWG lehnte diesen Beschluß als einzige Fraktion ab!!

Kurz zuvor hatte der Kämmerer, in dergleichen Sitzung, die besorgniserregenden Verschlechterungen unseres Hauhaltes erläutert.

Ich möchte den Personen, die sich nicht regelmäßig in der Materie der Haushaltszahlen bewegen, kurz einen Einblick verschaffen, um welche Werte es eigentlich geht.
Alle Würselener Bürger müssen zunächst einmal folgende Fehlbeträge zur Kenntnis nehmen, die heute noch nicht abgedeckt werden können:

Für 2015 werden, entgegen der ursprünglichen Planung, zusätzliche Verschlechteungen in Höhe von ca. 1,7 Mio. € erwartet. Für 2016 sind es bereits ca. 3,6 Mio. €. Bis 2019 wird das zusätzliche Defizit bei ca. 3,2 Mio. € per/anno liegen. Für 2020 und 2021 bei ungefähr 2,0 Mio. € je Jahr. Zur Erinnerung: Zur Zeit ohne Deckung!

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal zusammenfassen:
Die UWG steht zu Beschlüssen für eine bedürfnis- und zukunftsorientierte Schulpolitik und die bedarfsorientierte Ertüchtigung von Tageseinrichtungen und Kindergärten für unsere kleinsten und schwächsten Mitglieder der Würselener Gemeinschaft. Die Schulsozialarbeit ist für uns als Präventionsmittel unverzichtbar und eine Weiterführung über 2017 hinaus wäre wünschenswert.

Genauso fordern und unterstützen wir den Erhalt städtischer Immobilien, wie zum Beispiel Turnhallen, Sportplätze und alle sonstigen, für ein kulturelles Miteinander notwendigen Einrichtungen. Entscheidungen zum Erhalt von Straßen im Stadtgebiet sind für uns unerläßlich. Investitionen für notwendige Maßnahmen im Rahmen des demographischen Wandels befürworten wir ebenfalls.

Wir sind uns dessen bewußt, daß viele dieser Maßnahmen Kosten verursachen werden, - Kosten, die in dem einen oder anderen Fall ebenfalls schwer zu decken sind. Deshalb begrüßen wir es, daß die Gewinne unserer Gesellschaft(en) zur Deckung einiger Fehlbeträge herangezogen werden. Übrigens, - eine Uralt – Forderung der UWG.

Sollten sich zukünftig andere Perspektiven zur Ausnutzung dieser Gelder, mit gleichem Nutzen für die Würselener Bevölkerung ergeben, so werden wir diese Möglichkeiten selbstverständlich mittragen.

Darüber hinaus erwarten wir von der Verwaltung weitere Bemühungen, um die jetzigen Personalkosten erheblich zu reduzieren. Für uns ist es selbstverständlich, daß ein solcher Schritt nur sozialverträglich vorgenommen werden soll. Dazu ist aus unserer Sicht ein Personalkonzept mit einer zielorientierten Aufgabenkritik unerläßlich.

Gleichzeitig warnen wir davor, Personalreduzierungen vorzunehmen, die nicht einer sozialverträglichen Prüfung unterworfen werden. Die UWG ist nicht bereit, die Existenzen von Mitarbeitern und deren Familien aufs Spiel zu setzen. Oft genug waren es die Entscheidungen der Politik, - auch die der personellen Art, die uns erst die hohen Personalkosten von heute beschert haben.
Wir werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zu Sündenböcken einer verfehlten Haushaltspolitik vergangener Jahre machen.
Die Ausbildung und Förderung von Nachwuchskräften, um einer überalterten Verwaltung zu begegnen, steht aus unserer Sicht diesem Vorhaben nicht im Wege.

Eine fast wörtliche Übernahme meiner Ausführungen zum Ausbau des Flugplatzes Merzbrück, aus eine meiner letzten Haushaltsreden, konnte ich mir nur sehr schwer verkneifen. Fakt ist, daß die UWG einen Ausbau, wie von uns bereits vor Jahren gefordert, ablehnt. Die Wirtschaftlichkeit eines solchen Vorhabens wurde von allen Seiten stets als nicht erreichbar angesehen. Fördergelder aus Düsseldorf sind bereits ersatzlos gestrichen worden.
Dennoch sind alle im Rat der Stadt Würselen vertretenen Parteien **nicht** bereit, einer Forderung der UWG auf Verzicht der weiteren Planung und des Ausbaus von Merzbrück, zuzustimmen.

Statt dessen riskieren sie bei einer Fortführung der Maßnahmen, den Verlust von Gewinnen unserer Gesellschaft, die wir, wie bereits erwähnt, zu Kompensation von Fehlbeträgen unseres Haushalts dringend benötigen.

Um explodierende Kosten zur Instandhaltung unserer Immobilien zu vermeiden, setzen wir weiterhin auf ein effizientes und zukunftsorientiertes Immobilienmanagement, damit notwendige Investitionen frühzeitig und somit oft kostengünstiger durchgeführt werden können.

Vielfältige Maßnahmen in den Bereichen Prävention, familiärer Begeleitung, Jugendarbeit, Patenschaften bei sozialen Projekten, Förderung von privatem, sozialem Engagement oder alternativen Wohnformen im Alter, - um nur einige zu nennen, sind aus Sicht der UWG unerläßlich.

Wegen der dauerhaft hohen Kosten im sozialen Bereich ist Handlungsbedarf gegeben. Hier gilt es weiterhin, frühzeitig entgegenzusteuern um so Fallzahlen, zum Beispiel im Kinder, Jungend – und Familienbereich, zu reduzieren und kostenträchtige Maßnahmen oder damit verbundene personelle Kosten auf ein Mögliches zu reduzieren.

Die Einführung eines Externen Controllings mit Beteiligung der GPA in den Bereichen „Hilfe für junge Menschen und Familie“ und „Asyl“ begrüßen wir.

Gleichzeitig müssen kostengünstige Alternativen entwickelt und aufgezeigt werden, um den enormen Kosten, - die für weniger als eine Handvoll straffällig gewordener Jugendlicher, unseren Haushalt und somit jeden einzelnen Würselener Bürger belasten, entgegenwirken zu können. Hier wäre zum Beispiel durch ehrenamtliches Engagement unter entsprechender Begleitung und Aufsicht finanzieller Spielraum für den angeschlagenen Haushalt der Stadt Würselen zu ermöglichen.

Diese Einsparungen kämen sofort wieder der gesamten Bevölkerung, statt einigen wenigen Einzelpersonen zu Gute. Aus diesem Grund hat für uns auch die Schulsozialarbeit einen hohen präventiven Wert.

Grundsätzlich sieht die UWG großes Potential und eine ausgeprägte Bereitschaft zum ehrenamtliche Engagement in der Würselener Bevölkerung. Deshalb fordern wir die Verwaltung dazu auf, endlich ein Konzept zu entwickeln, um Stärken und Fähigkeiten bei den Würselener Vereinen, Bürgerinitiativen oder sogar in der Bürgerschaft auszuloten, zu bündeln und diese dauerhaft und zielorientiert zu begleiten. Aussagefähige Beispiele gibt es genug. Seien es die nutzenden Vereine der Schule Am Kaiser, die tätig wurden, die Initiative in Linden – Neusen, oder die vielen Fördervereine in Kindergärten und Schulen.

Eine Übertragung von Immobilien, Plätzen oder Grünflächen in die Verantwortung von entsprechenden Gremien wäre aus Sicht der UWG dabei eine mögliche Variante um den Haushalt der Stadt Würselen dauerhaft zu entlasten.

Die UWG hat in den Diskussionen zur Haushaltssanierung und in der Beratung von Tagesordnungspunkten in den verschiedensten Ausschüssen immer wieder Vorschläge mit dem Ziel von Einsparungen gemacht.

Zu unserem Bedauern wurden diese entweder gar nicht zu Kenntnis genommen oder wurden aus unserer Sicht mit nicht belastbaren Argumenten zerredet.
Auch hierzu einige Beispiele.

1. Die UWG fordert für jeden neuen Bebauungsplan eine Ausweisung von sozialgebundenen Wohnraum in Höhe von 20%. Eine Forderung die mittlerweile sogar auf Bundes –und Landesebene immer wieder ins Spiel gebracht wird. Dort stehen auch bisher nicht abgerufene Fördergelder in ausreichender Höhe zur Verfügung.

Nur nebenbei – Aachen hat diese Maßnahme bereits umgesetzt und sie wird dort angewandt.
Unseren Haushalt könnte man damit durch Einsparungen bei den Mietbeihilfen für Bedürftige entlasten. Außerdem kämen sozial schwache Mitbürger wie Rentner, Alleinerziehende und prekär - Beschäftigte in den Genuß von günstigem Wohnraum.

2. Die Übertragung von Grünflächen innerhalb von Bebauungsplänen in die Verantwortlichkeit der Stadt Würselen (zuletzt B.-plan 207 – Drischer/ Ring/ Sebastianusstraße) lehnen wir ab. Statt einer einmaligen Abschlagszahlung des Grundstückeigentümers, soll die dauerhafte Pflege weiterhin privat bleiben anstatt zukünftig unseren Haushalt uns somit jeden Bürger zu belasten. Zum Beispiel wird im Produktbereich „Verkehrsflächen und Anlagen“ der KDW im Entwurf des Wirtschaftsplanes ein Minus für 2015 in Höhe von ca. 258.000,- Euro ausgewiesen.

3. Den Antrag von CDU/ Grünen/ FDP vom 07.02.2011 zur Entwicklung eines Konzeptes „Stadtwege“ lehnen wir wegen einer fehlenden Finanzierungsperspektive zum jetzigen Zeitpunkt ab. Zur Zeit wird in der Verwaltung zur Ermitder damit verbundenen Kosten unnötig Personal gebunden.

4. Bisher können wir nicht erkennen, daß seitens der im Rat der Stadt vertretenen Parteien ausreichend Einfluß auf ihre Vertreter in den Parlamenten der Städteregion oder des Landes genommen wird, um gestiegenen Kosten für Umlage oder durch Gesetzesvorgaben entgegenzuwirken.

5. Die von uns im Rahmen der Diskussionen zum Stärkungspakt vorgeschlagene Erhebung von Sondernutzungsgebühren für die in der Nähe des Rathauses befindliche Elektrotankstelle wurde von allen Parteien im Rat aus ideologischen Gründen abgelehnt. Sondernutzungsgebühren trägt mittlerweile jeder Bürger,

der öffentlichen Raum in irgendeiner Weise nutzt.

6. Abschließend möchte ich die Eingangs erwähnte Forderung der UWG zum sogenannten „Leader“ – Projekt noch einmal wiederholen
   Verzichten Sie meine Damen und Herren des Rates auf eine Beteiligung zu diesem Vorhaben. Wenn nicht wir, wer dann, sollte unseren Bürgern mit einem offenen und ausdrücklichen Sparwillen begegnen. Bei diesem Projekt könnten Sie es beweisen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die UWG ist sich natürlich dessen bewußt, daß die von uns geforderten Maßnahmen nicht dazu beitragen werden, die eingangs erwähnten neuen Defizite in Millionenhöhe auf „Null“ zu bringen.
Gleichzeitig bieten sie uns aber die Chance, möglichen Steuererhöhungen entgegenzuwirken. Wegen der bisher mangelnden Berücksichtigung unserer Vorschläge sind wir deshalb nicht bereit, Steuererhöhungen zum jetzigen Zeitpunkt zuzustimmen.
Sollten wir den Haushalt 2015 ohne Steuererhöhungen aber mit dem ernsthaften Willen verabschieden, alles Mögliche zu unternehmen, weitere Belastungen unserer Bürger zu vermeiden, alle Vorschläge, - egal aus welcher Richtung sie kommen, vorbehaltlos zu bedenken, dann werden wir dem Zahlenwerk heute zustimmen.

Vielen Dank für Ihhre Aufmerksamkeit

Theo Scherberich
Fraktonsvorsitzender der
UWG Würselen
17.3.2015